

Naher Osten: Waffenstillstand ebnet Weg für Verhandlungen zu iranischen Bedingungen

Die Feuerpause vom 8. April zwischen Washington und Teheran wirkt weniger wie ein amerikanischer Triumph als wie ein erzwungenes Einlenken. Nach einem Monat Krieg steht der US-Präsident innenpolitisch, militärisch und diplomatisch geschwächt da.

Von Pierre Levy

8.4.2026

<https://gegenzensur.rtdeworld/der-nahe-osten/276496-naher-osten-waffenstillstand-ebnet-weg-fuer-verhandlungen/>

In der Nacht vom 7. auf den 8. April wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Washington und Teheran bekannt gegeben. Es wurde unter der Schirmherrschaft Pakistans ausgehandelt und sieht eine zweiwöchige Einstellung der Feindseligkeiten vor, um Verhandlungen auf der Grundlage des iranischen Zehn-Punkte-Plans aufzunehmen.

Zu diesen Punkten gehört auch die Freigabe der Straße von Hormus, aber auch deren künftige Kontrolle durch Iran. Die Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran steht ebenfalls auf der Tagesordnung, ebenso wie die ausdrückliche Anerkennung seines Rechts auf Urananreicherung.

All dies sind Grundsätze, die Donald Trump noch vor wenigen Tagen als inakzeptabel bezeichnet hatte. Auch wenn dieser einen "vollständigen Sieg" verkündet, sieht es eher nach einer amerikanischen Panikbewegung aus, die letztlich aus Angst vor einer sich abzeichnenden "Rette sich, wer kann"-Aktion beschlossen wurde – und die der Partei des Präsidenten im kommenden November ein Wahldebakel versprochen hätte.

Selbst die Medien, denen am wenigsten Nachsicht gegenüber den Behörden in Teheran unterstellt werden kann, haben offen festgestellt: Das am Mittwochmorgen veröffentlichte Abkommen wurde "zu iranischen Bedingungen" geschlossen.

Man muss diesen zweiwöchigen Waffenstillstand natürlich mit Vorsicht betrachten, denn die eigentlichen Verhandlungen über ein dauerhaftes Friedensabkommen müssen nun erst noch beginnen. Doch das Ereignis ist bereits jetzt von erheblicher Bedeutung. Um dessen Tragweite zu erfassen, muss man eine Woche zurückblicken.

Präsident Trump hatte den 1. April für eine feierliche Ansprache gewählt. Das war einen Monat nach Ausbruch des Krieges, der gemeinsam mit Benjamin Netanjahu ausgelöst, und offensichtlich von diesem inspiriert worden war, wie aus einem detaillierten Bericht der *New York Times* hervorgeht.

Dieser 1. April symbolisiert ironischerweise die widersprüchlichen, fantasievollen, absurden und inkohärenten Äußerungen, die er insbesondere an diesem Abend von sich gab.

Das Problem mit Donald Trump ist, dass bei ihm jeden Tag ein bisschen der 1. April ist. Und dass das mit einem Aprilscherz wirklich wenig zu tun hat, schon allein angesichts der Zahl der getöteten oder verletzten Opfer – Tausende – unter den amerikanischen und israelischen Bomben. Ganz zu schweigen von den erheblichen Sachschäden, insbesondere an der zivilen Infrastruktur.

Aber so verwirrend und vulgär Trumps Geschwätz auch war, eine Tatsache ließ sich kaum verbergen: Die Ereignisse entwickelten sich zum Nachteil Washingtons, in einem höchst vorhersehbaren Szenario, das vom Weißen Haus jedoch in keiner Weise antizipiert worden war. In diesem Zusammenhang war es der iranischen Luftabwehr wider Erwarten gelungen, mindestens zwei US-Kampfflugzeuge abzuschießen.

Die Botschaft des Präsidenten lässt sich wie folgt zusammenfassen: Wir haben die Operation fast abgeschlossen, wir brauchen nun nur noch wenige Wochen, um "Iran in die Steinzeit zurückzusetzen". Trotz dieses offen bekundeten Willens, ein gigantisches Kriegsverbrechen zu begehen, hat das angegriffene Land nicht nachgegeben. Und das war in diesem asymmetrischen Konflikt schon ein beachtlicher Sieg für Iran.

Teheran kapitulierte nicht nur nicht, sondern seine Streitkräfte haben an Stärke und Präzision bei Raketenangriffen und dem Einsatz von Drohnen gegen Israel sowie gegen US-Stützpunkte und die Länder der Region, die diese beherbergen, gewonnen. Damit hat Iran nicht nur die amerikanischen und israelischen Strategen überrascht, sondern zwang diese auch zu einem intensiven Einsatz von Abfangmitteln, deren hochentwickelte und extrem teure Munition kurzfristig zur Neige gehen konnte.

Keines der von Washington verkündeten Kriegsziele (die zudem von Tag zu Tag stark variierten) wurde erreicht. Der "Regimewechsel", der unlängst von Donald Trump propagiert wurde, wird nicht einmal mehr erwähnt, da die Aggression von außen zumindest bei einigen Oppositionellen einen Auflauf "unter der Nationalflagge" bewirkt hat.

Die Ausschaltung der iranischen Raketenkapazitäten scheint weiter entfernt denn je, auch wenn das Potenzial des Landes stark geschwächt wurde. Der "Bogen des Widerstands" hat seine Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt: Die libanesische Hisbollah, die irakischen Milizen und die jemenitischen Houthis sind nach wie vor aktiv und haben dies kürzlich gezeigt. Schließlich scheint die

Zerstörung des nuklearen Potenzials des Landes, die im Juni dieses Jahres entgegen aller Evidenz als vollendet verkündet wurde, außer Reichweite zu sein.

Die Bilanz der Auswirkungen dieses ersten Kriegsmonats endet hier nicht. Die arabischen Golfstaaten, Verbündete Washingtons und weltweit bedeutende Lieferanten von Kohlenwasserstoffen, waren gezwungen, ihre Produktion drastisch zu drosseln oder sogar einzustellen. Vor allem wurde die Wirksamkeit des Schutzes durch Uncle Sam brutal in Frage gestellt, was der Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der amerikanischen Macht einen schweren Schlag versetzt.

Schließlich steht die Straße von Hormus derzeit vollständig unter der Kontrolle Teherans, das Tanker, Methantanker und Containerschiffe aus oder in Richtung "feindlicher" Länder am Durchfahren hindert (während diejenigen aus neutralen Ländern nun eine Mautgebühr entrichten müssen und nur Schiffe aus befreundeten Ländern – darunter China – problemlos passieren dürfen).

Die weltweiten wirtschaftlichen Auswirkungen sind schon dramatisch: Nicht nur stiegen die Energiepreise unaufhörlich, sondern Gas und Öl sind auch Rohstoffe für die Herstellung unterschiedlichster Güter – was Volkswirtschaften weltweit direkt oder indirekt beeinträchtigt.

Die US-Wirtschaft bleibt davon keineswegs verschont: Auch wenn die USA selbst große Produzenten von Kohlenwasserstoffen sind, sind sie dennoch von den Weltmarktpreisen abhängig, was sich auf die Kraftstoffpreise für die amerikanischen Verbraucher auswirkt. Genau das hatte Donald Trump zu verhindern versprochen, ebenso wie er sich verpflichtet hatte, "Kriege zu beenden, nicht sie zu beginnen".

Seine Wählerschaft (die Anhänger des Slogans "MAGA") wurde auf dem falschen Fuß erwischt, wie das verlegene Schweigen von Vizepräsident James David Vance bestätigt, der offensichtlich mit Trumps Flucht nach vorn nicht einverstanden ist.

Natürlich hat der Herrscher im Weißen Haus noch mehr als einen Trumpf im Ärmel, was Vorsicht hinsichtlich der möglichen Entwicklung der Ereignisse gebietet. Sicher ist hingegen, dass die Beziehungen Washingtons zu seinen "Verbündeten" bereits stark beeinträchtigt sind.

Dies gilt insbesondere für die Golfstaaten, die feststellen, dass der amerikanische Schutzschirm, gelinde gesagt, löchrig ist. Und Präsident Trump scheut sich zudem nicht, sie öffentlich zu verachten, wie die respektlosen Worte zeigen, die er gegenüber dem saudischen Kronprinzen verwendet hat.

Die asiatischen Verbündeten der Amerikaner stehen an vorderster Front, was den Rückgang der Öl- und Gasproduktion im Nahen Osten betrifft. Zudem stellen sich Japan und Südkorea Fragen hinsichtlich eines Risikos, das sie sehen: den Transfer von Abfangsystemen und militärischen Mitteln in den Persischen Golf, zum Nachteil des asiatisch-pazifischen Raums und insbesondere der Unterstützung für Taiwan.

Doch es sind die Beziehungen zu den meisten europäischen Verbündeten, die durch die jüngsten Ereignisse wohl am stärksten beschädigt werden könnten. Der US-Präsident hatte auf sie gezählt, um militärisch dazu beizutragen, die Straße von Hormus "freizumachen". Keiner hat sich bereit erklärt. Mehrere Hauptstädte machten geltend, dass sie, da sie weder in den US-Angriff einbezogen noch darüber informiert worden seien, nicht bereit seien, gegen ihren Willen in einen Konflikt einzutreten.

Donald Trump reagierte darauf mit dumpfer Wut und deutete ebenso wie sein Außenminister an, dass sich die Vereinigten Staaten zu gegebener Zeit durchaus aus der NATO zurückziehen könnten. Diese Perspektive – die noch vor kurzem völlig undenkbar erschienen wäre – hat damit an Klarheit gewonnen.

Und diejenigen, die auf eine gemeinsame Position der Europäischen Union gehofft hatten, sahen ihre (absurden) Hoffnungen enttäuscht. Unter den 27 Mitgliedstaaten bestätigt sich eine große Vielfalt an Positionen.

Da sind die Führer, die ideologisch die Grundlagen des Trumpismus teilen (insbesondere Ungarn); diejenigen, die sich ihm nahe fühlen, aber die Feindseligkeit ihres Volkes gegenüber dem Krieg nicht ignorieren können (zum Beispiel die italienische Regierung, die den Amerikanern die Nutzung eines Luftwaffenstützpunkts in Sizilien untersagt hat); diejenigen, die einst überzeugte Atlantiker waren, sich aber durch den Rückzug der USA aus der Ukraine betrogen fühlen (die baltischen Staaten, Polen – letzteres hat sich gerade geweigert, Flugabwehrsysteme in den Golf zu liefern, um Kiew nicht zu schwächen); und diejenigen, die ihre Ablehnung gegenüber der Operation gegen Iran offen zeigen (Spanien).

Auch das deutsch-französische "Duo" ist gespalten. Bundeskanzler Merz macht kaum einen Hehl aus seiner Nachsicht gegenüber Washington und hatte daher das Problem der offensichtlichen Rechtswidrigkeit der amerikanisch-israelischen Aggression schon in den ersten Tagen beiseite gewischt. Der französische Präsident seinerseits hat Teheran zwar mit Vorwürfen hinsichtlich seiner Verantwortung überhäuft, aber eine Maßnahme zur Wiederöffnung der Straße von Hormus von der vorherigen Einstellung der Feindseligkeiten abhängig gemacht.

Diese Vielfalt an Positionen, manchmal sogar diese Widersprüche, sind kein unglücklicher Zufall. Sie ergibt sich aus der Vielfalt der Interessen, der Geschichten und somit der politischen Kulturen der verschiedenen Mitgliedstaaten.

So ist in Deutschland, dem Erben Westdeutschlands, die herrschende Klasse nach wie vor von einer transatlantischen DNA geprägt. Umgekehrt können die französischen Politiker, auch wenn sie diese Ausnahme verabscheuen, nicht über die Distanz hinwegsehen, die General de Gaulle 1966 im Namen der nationalen Unabhängigkeit zur NATO eingenommen hatte, und die Geisteshaltungen weiterhin prägt.

Anderweitig hat Berlin sein Wirtschaftsmodell insbesondere auf die Nutzung von billigem Gas aufgebaut – und ist daher stärker von fossilen Brennstoffen abhängig. Paris verfügt seinerseits über einen großen Atomkraftwerkspark, der einen größeren Handlungsspielraum bietet – hat aber im Gegensatz zu seinem Nachbarn jenseits des Rheins seine Industrie vernachlässigt. Man könnte die Beispiele noch weiter ausführen.

Der einzige Bereich, in dem die Mitgliedstaaten berechtigterweise gemeinsam handeln könnten, wäre, sich auf die Seite des angegriffenen Landes zu stellen. Im Namen des Völkerrechts und der Souveränität der Völker.

Aber diesen Weg wird man natürlich nicht einschlagen.